

Reise nach Jerusalem

Wolfgang Büschers Reportagen aus einer Stadt der Widersprüche. Seite 15

Fotos: dpa/Uta Poss (L), dpa/Martin Schutt (r.)

Hersteller am Glücksrad

Ärzte ohne Grenzen kritisieren die Finanzierung von Impfungen. Seite 16

Dafür und Dagegen

Nach dem Dresdner Konzert geht die Debatte zum Umgang mit der Pegida-Bewegung weiter. Seiten 5 und 11

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Mittwoch, 28. Januar 2015

70. Jahrgang/Nr. 23 Berlinausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Staatsräson

Uwe Kalbe über Gaucks Rede zum Gedenken am Tag der NS-Opfer

Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz, formulierte der Bundespräsident am Dienstag, Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Wer wahrhaft leben wolle, müsse sich dessen bewusst sein. Gauck hat Recht. Identität verschafft man sich nicht, sie ist einem gegeben, man kann sich ihrer nicht entledigen, kann sie allenfalls leugnen. Wer das deutsche Staatswesen, wie es heute ist, betrachtet, sieht darin die Folgen vieler Schnitte, Einflüsse und – woran an einem solchen Tag zu erinnern ist – vieler Verbrechen. Auschwitz steht für ein besonders grässliches.

Doch »Nie wieder Auschwitz« ist nur die halbe Erkenntnis, zu der die Opfer jeden »die Wahrheit lebenden« Deutschen nötigen, und sie macht sogar blind ohne den anderen Teil des Satzes: »Nie wieder Krieg«. Es gibt keine deutsche Identität auch ohne Stalingrad, ohne Marzabotto in Italien und ohne das griechische Distomo. Es sind neben sechs Millionen Juden 20 Millionen Sowjetbürger zu betrauern, davon allein 3,3 Millionen getötete Kriegsgefangene. Es ist der fünf Millionen getöteten Polen zu gedenken. Es muss beunruhigen, dass Gedenken in Auschwitz ohne Russlands Präsidenten akzeptabel erscheint. Es ist an solch einem Tag Scham angebracht auch über die jahrelang verweigerte Rehabilitierung deutscher Deserteure oder die ignorierte Schuld gegenüber Sinti und Roma, Homosexuellen oder als Asoziale diffamierten Opfer. Würdiger Umgang mit diesen Zeugen deutscher Schuld verlangte, auch ihre Würde zum Bestandteil deutscher Staatsräson zu machen.

UNTEN LINKS

Das Jahr ist noch jung und damit die Hoffnung groß, dass wichtige Fragen der Menschheit bis Silvester beantwortet sind: Wie laut war der Urknall? Wie viel Hund ist im Hundekuchen? Wäre endlich Frieden, wenn Frauen die Welt regieren würden? Wie lange reicht das Benzin, wenn alle Chinesen Autos kaufen und jeden Tag damit fahren? Zeichnet Heinz Buschkowsky nach seinem Rücktritt als Bürgermeister von Berlin-Neukölln Mohammed-Karikaturen? Ist die Religionsversöhnung erreicht, wenn in Moscheen für Abonnements von »Charlie Hebdo« geworben wird? Kann Genmanipulation aus einer Mücke einen Elefanten machen? Sollte die Lösung dieser einfachen Fragen gelingen, geht es an die wirklich dicken Brocken: Warum liegt der meiste Schutt an Orten mit dem Schild »Schutt abladen verboten«? Warum sind die meisten Fahrräder an Zäunen mit dem Hinweis »Fahrräder anschließen verboten« angeschlossen? Und vor allem: Was ist der Sinn von »Unten links«? *ibo*

In einer schwierigen Zeit

SYRIZA-Chef Tsipras stellt Minister vor / ANEL-Bündnis sorgt für Diskussionen



Foto: Reuters/Mariko Djurica

Berlin. Manchmal hat die Bundeskanzlerin ja auch Recht: »Sie treten Ihr Amt in einer schwierigen Zeit an«, schrieb Angela Merkel an den neuen Ministerpräsidenten Griechenlands, Alexis Tsipras von der Linkspartei SYRIZA. Das gilt in jeder Hinsicht. Der 40-Jährige und seine Mannschaft saßen nach der Übernahme der Regierung zunächst einmal im Dunkeln – die Truppe um den konservativen Vorgänger Antonis Samaras hatte dem Vernehmen nach nicht einmal das Passwort für den Internetzugang zurückgelassen. Die neue Regierung muss aber schnell in die Gänge kommen – das zweite so genannte Hilfsprogramm mit Geldern aus Eu-

ropa im Tausch für drastische Sparmaßnahmen läuft Ende Februar aus. Vom Treffen der EU-Finanzminister in Brüssel kamen am Dienstag keine übermäßig wohlwollenden Signale.

Für seine Arbeit als Ministerpräsident hat Merkel Tsipras übrigens »viel Kraft und Erfolg« gewünscht. Das entspricht der politischen Höflichkeit, bleibt aber auch abseits diplomatischer Formulierungen richtig. Nicht nur, dass die Erwartungen an eine SYRIZA-Regierung groß sind – mit der Wahl des Koalitionspartners, der nationalistischen ANEL, hat die Linkspartei einen Schritt unternommen, der vor allem hierzulande eine Diskussion über die

Grenzen der Kooperationsbereitschaft ausgelöst hat. Nicht zuletzt die politische Linke in Deutschland, die SYRIZA unterstützt, hat jetzt viele Fragen zu beantworten.

Eine Frage hat Tsipras am Dienstag beantwortet: die nach der neuen Regierungsmannschaft. Sein Kabinett hat zehn Minister – ein Wahlversprechen lautete, die bisher 20 Ressorts umfassende Regierung zu verkleinern. Nominiert wurden unter anderem der Troika-Kritiker Giannis Varoufakis als Finanzminister und der Politologe Nikos Kotzias als Außenminister. Die Rechtspartei ANEL stellt den Verteidigungsminister. *nd* Seiten 2, 4, 7 und 18

»Symbol für die Grausamkeit«

Europa gedachte des 70. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee

Zahlreiche europäische Staatsoberhäupter waren am Dienstag nach Auschwitz gekommen, um dort an den Holocaust zu erinnern. Auch im Bundestag fand eine Gedenkstunde statt.

Von Fabian Lambeck

Am Dienstag lag Neuschnee rund um das polnische Städtchen Oświęcim, das unter seinem deutschen Namen Auschwitz schreckliche Berühmtheit erlangte. In der Nähe der Stadt hatten die Nazis mit dem KZ Auschwitz-Birkenau ihr größtes Vernichtungslager errichtet. Als die Rote Armee am 27. Januar 1945 das Lager befreite, lebten nur noch 7000 Insassen. 1,1 Millionen Menschen, darunter 1 Million Juden, waren dort ermordet worden. Zur diesjährigen Gedenkfeier in Auschwitz unter Leitung des polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski kamen etwa 300 ehemalige Häftlinge. Vor den Überlebenden und

zahlreichen Staatsgästen sagte Komorowski, Auschwitz sei ein »Symbol für die Grausamkeit und den Verlust der menschlichen Würde«. Die Nazis hätten aus Polen einen »ewigen Friedhof gemacht«. Komorowski fügte hinzu, das Gedächtnis an Auschwitz sei auch ein Gedenken daran, was in der menschlichen Natur möglich ist.

Der Auschwitz-Überlebende Roman Kent betonte, auch 70 Jahre nach der Befreiung seien die Grausamkeiten nicht aus seinem Gedächtnis auslöschar. »Wie könnte ich die Verbrechen vergessen.« Mit einer Schweigeminute erinnerten die Überlebenden an die Opfer des Nationalsozialismus.

Dazu viele Staatsgäste, wie die Präsidenten Frankreichs und der Ukraine, François Hollande und Petro Poroschenko. Einer aber fehlte: Russlands Präsident Wladimir Putin richtete in Moskau eine eigene Gedenkzeremonie aus.

Anders als vor zehn Jahren hatte Putin in diesem Jahr keine Einladung aus Polen erhalten. Der russische Staatschef wertete dies als Ausladung. In seiner Rede im

»Wie könnte ich die Verbrechen vergessen?«

Roman Brent, ehemaliger Häftling in Auschwitz

Jüdischen Museum in Moskau plädierte er für eine Rückbesinnung auf internationale Zusammenarbeit. Putin würdigte auch den großen Beitrag des jüdischen Volkes im Kampf gegen den Faschismus. Eine halbe Million Juden hätten in der Roten Armee gekämpft, von denen fast 200 000 gefallen seien.

Bundespräsident Joachim Gauck, der im Anschluss an seine

Wirtschaft könnte Einfluss dank TTIP erhöhen

Internes EU-Verhandlungspapier zum Freihandelsabkommen

Frankfurt am Main. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sieht einem Zeitungsbericht zufolge ein Mitspracherecht der jeweiligen Handelspartner bei Gesetzesvorhaben vor. Die Europäische Union, die Mitgliedsstaaten und die Bundesländer sollten wichtige Gesetze und neue Standards vorab mit den USA abstimmen, berichtet die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« unter Berufung auf einen internen Verhandlungsvorschlag der EU-Kommission. Mindestens einmal im Jahr sollten beide Seiten eine Liste der geplanten Gesetzesvorhaben offenlegen. Der Gesetzgebungsspielraum der Staaten solle aber nicht eingeschränkt werden.

Nichtregierungsorganisationen warnen nach der Prüfung des Papiers, TTIP könne damit tief in den europäischen Politikprozess eingreifen und Unternehmensinteressen bei der Aushandlung zukünftiger europäischer Gesetze mehr Einfluss bekommen. Neben EU-Staaten könnten auch einzelne Bundesländer von dem Vorschlag betroffen sein. Die Verhandlungen gehen in der kommenden Woche in die nächste Runde. *AFP/nd*

Seiten 4 und 16

Lesen Sie heute im Ratgeber

Fragen & Antworten rund um die Pflege: Wann ist man pflegebedürftig?

Die Gartenkolumne: Wintermonat mit Frühlingsluft

Alterseinkünfte: Wie pfändungssicher ist Riester?

ISSN 0323-4940

